

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 7. Mai 2024
Kantonsratspräsidentin Schmutz Judith

A 157 Anfrage Spring Laura und Mit. über die unterirdische Unterbringung von geflüchteten Menschen / Gesundheits- und Sozialdepartement

Laura Spring ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Laura Spring: Die Antworten zeigen auf, dass die Regierung das Anliegen ernst nimmt und Alternativen prüft. Diese Alternativen werden teilweise bereits noch dieses Jahr umgesetzt, was sehr zu begrüßen ist. Die Lösungen mit dem Haus Diamant in der Stadt Luzern und die Containersiedlung auf dem Steinbärenparkplatz zeigen auf, dass es durchaus möglich ist, solche Lösungen zu finden, und das ist sehr erfreulich. Bei der langfristigen Planung besteht aber nach wie vor Handlungsbedarf. Die Grüne Fraktion kritisiert den Umstand, dass der Kanton schon seit vielen Jahren weiss, dass diese Aufgabe besteht und die Anzahl der Asylsuchenden fluktuiert. Daher braucht es eine langfristige Planung, die diesen Umständen gerecht wird. Die geopolitische Lage bleibt weiterhin sehr angespannt, gerade in den von der Regierung genannten Regionen, wo die meisten Personen herkommen: aus der Ukraine, Afghanistan und der Türkei. Der Kanton kann diese Situation nicht direkt beeinflussen. Hingegen ist es unsere Aufgabe, eine menschenwürdige Unterkunft sicherzustellen. In den Städten und den Agglomerationen lässt sich diese Aufgabe offenbar gut lösen, da die Zusammenarbeit mit den Gemeinden und der Bevölkerung gut funktioniert. Es ist erfreulich, dass von den Gemeinden zusammen mit dem Kanton zusätzliche Möglichkeiten geschaffen werden. Wir begrüßen es, dass die Regierung auch anerkennt, dass die unterirdische Unterbringung problematisch ist und sie daher kurzfristige Massnahmen ergriffen hat, um die Situation zu verbessern. Damit meine ich die oberirdischen Aufenthaltsmöglichkeiten, denn diese können die Situation entschärfen. Die unterirdische Unterbringung wird insbesondere dann zu einer grossen Belastung, wenn dieser Zustand lange dauert und vulnerable Personen sowie Familien auf diese Art untergebracht werden und wenn es ungewiss ist, wie lange diese Form der Unterbringung dauert. Wichtig sind der Zugang zu Sprachkursen und Arbeit sowie ein geregelter Aufenthaltsstatus. Viele asylsuchende Personen haben auf ihrem Weg in die Schweiz dramatische Erfahrungen gemacht und sind psychisch sehr stark belastet. In diesem Fall kann eine unterirdische Unterbringung eine zusätzliche grosse Belastung darstellen. Ausserdem wird die Kontaktaufnahme mit der restlichen Bevölkerung durch eine unterirdische Unterbringung erschwert, somit werden die wichtigen Begegnungen und der Austausch verhindert. Dabei profitiert die ganze Bevölkerung von diesem Austausch und er ist massgeblich entscheidend für ein gutes Miteinander. Aus diesen Gründen ist für die Grüne Fraktion klar, dass der Kanton und die Gemeinden diese Aufgabe in guter Zusammenarbeit

langfristig planen sollen, sodass in Zukunft keine sogenannten Notlagen mehr ausgerufen werden müssen. Es ist auch eine gute Zusammenarbeit mit der Bevölkerung nötig, damit sie sich im Zusammenleben mit Menschen auf der Flucht wohlfühlt.

Priska Fleischlin: Ich gehe speziell auf ein Thema ein, nämlich darauf, den Betroffenen mitteilen zu können, wie lange ihr Aufenthalt in den unterirdischen Unterkünften dauern wird. Laut Antwort der Regierung ist dies aufgrund der fließenden Planung nicht möglich. Oft hat der Kanton erst am Vorabend Kenntnis davon, wie viele Personen zu platzieren sind. Es stellt sich die Frage, ob eine Statistik darüber besteht, wie lange die Aufenthalte in solchen unterirdischen Unterkünften jeweils dauern. Wir äussern den Wunsch, dass diese Aufenthaltsdauer erfasst und uns bekannt gemacht wird. Aufgrund dieser Zahlen können wir gegebenenfalls mit politischen Vorstössen reagieren. Diese Personen haben eine lange und beschwerliche Reise auf dem Landweg hinter sich und erleben dramatische Zustände. Zudem ist der Druck aus der Heimat gross, um dort Unterstützung bieten zu können. Diese Personen haben ein hohes Interesse daran, in den Arbeitsmarkt integriert zu werden. Sie sind aber im Ungewissen darüber, wie lange sie in einer solchen Unterkunft bleiben werden. Diese Anfangszeit kann sehr zermürend sein. Ich spreche hier aus meiner Erfahrung mit geflüchteten Menschen. Ich weiss, dass auch die bürgerliche Seite diese Menschen in den Arbeitsmarkt integrieren will. Dazu muss aber die Basis stimmen. Angaben über die geplante Aufenthaltsdauer sind für diese Menschen sehr zentral.

Sarah Arnold: Die Anfragende möchte wissen, wie die Verhältnisse bei der unterirdischen Unterbringung von Flüchtlingen sind. Namentlich sind das Fragen zu Anzahl und Art der untergebrachten Personen, Kommunikation bezüglich Aufenthaltsdauer, Austausch mit der Lokalbevölkerung, Anstrengungen für die oberirdische Unterbringung und Massnahmen zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität. Aus Sicht der FDP-Fraktion wurden die Fragen vollständig und nachvollziehbar beantwortet. Es ist allerdings festzuhalten, dass die unterirdische Unterbringung von Flüchtlingen aufgrund der aktuellen Notlage im Asylbereich eine befristete Massnahme ist. In dieser Notlage hat es erste Priorität, die Flüchtlinge unterzubringen. Wir sprechen hier von durchschnittlich 150 Personen pro Monat. Die Zuweisung erfolgt sehr kurzfristig. Das ist eine Herausforderung für uns alle. Zivilschutzanlagen sind eine möglichst kurze Überbrückungslösung, bis ausreichend oberirdische Plätze zur Verfügung stehen. Hier sind wir natürlich alle gefragt. Die Dienststelle Asyl- und Flüchtlingswesen (DAF) und die Gemeinden unternehmen aktuell grosse Anstrengungen, um mehr oberirdische Unterbringungsplätze zur Verfügung zu stellen. Wir anerkennen und begrüssen dies und sind auch zuversichtlich, dass sich die Situation bald beruhigen wird. Anhand der Fragen und Antworten kann ich nicht beurteilen, inwiefern sich die Unterbringung negativ auf die Psyche der Untergebrachten auswirkt. Bei dieser Unterbringungsform werden auch nicht mehr Konflikte beobachtet. Vielleicht möchte sich die Regierung dazu noch äussern.

Jasmin Ursprung: Der Regierungsrat schreibt klar, dass Zivilschutzanlagen nur im Notfall zur Unterbringung eingesetzt werden. Da es jedoch aktuell nur wenig freie Wohnungen hat, wird dies in nächster Zeit unumgänglich sein. Wir sind und bleiben wohl noch länger in einer Notlage, denn es kommen immer mehr Flüchtende, aber es hat nicht mehr Wohnungen. Kriegsflüchtlinge sind froh, dass sie ein sicheres Dach über dem Kopf haben und nicht mehr inmitten eines Kriegsgebietes leben müssen. Seitens des Kantons wird aber darauf geachtet, dass Familien mit Kindern hiervon nur kurz betroffen sind, was wir klar unterstützen. Aus der Richtung von Laura Spring kommen immer ähnliche Anfragen, deshalb möchte ich sie fragen, wie ihre Lösung mit denselben vorhandenen finanziellen und personellen Mitteln aussehen würde. Wo wollen Sie so schnell mehr Wohnungen hernehmen? Ist es sinnvoll, auf Reserve

Bauten zu machen? Die SVP-Fraktion sieht die grossen Bemühungen der Regierung in dieser Sache. Die Anfrage wurde klar beantwortet.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektorin Michaela Tschuor.

Michaela Tschuor: Ich habe grosses Verständnis für Ihre Anliegen, möchte aber gerne einige Aspekte ins Feld führen. Mir ist es ein grosses Anliegen, hier zu betonen, dass der Kanton Luzern selbstverständlich niemanden in einer unterirdischen Zivilschutzanlage unterbringen möchte, sondern das ist der Notlage und der ausgetrockneten Situation des Wohnungsmarktes geschuldet. Geschuldet ist dieser Situation auch, dass wir den Geflüchteten bei ihrer Ankunft transparent mitteilen, dass wir nicht vorhersagen können, wie lange ihr Aufenthalt in einer solchen Zivilschutzanlage dauert. Das ist für Menschen auf der Flucht eine gewisse Planungsunsicherheit, aber sie wissen zumindest, dass sie ein Obdach haben und versorgt sind. Wenn immer möglich versuchen wir diese Personen so schnell wie möglich in Wohnungen oder Asylzentren zu überführen. Ich möchte aber diese Gelegenheit nutzen, um nochmals an die Solidarität zu appellieren. Ich weiss, dass es anspruchsvolle Zeiten sind für die Menschen auf der Flucht, aber auch für die Kantone. Ich habe mir aus diesem Grund erlaubt, mit dem zuständigen Bundesrat Beat Jans in Kontakt zu treten. Er wird mich in den nächsten Wochen besuchen. Ich werde mich mit ihm über seine Pläne unterhalten. In seinem Interview anlässlich seiner 100 Tage im Amt hat er zu Recht gesagt, «Zämme goht's besser». Das möchte ich weitergeben. Ich möchte den Grundsatz «Zämme goht's besser» weiterverfolgen. Zusammen heisst: Bund, Kantone, Gemeinden und Bevölkerung. Es bleiben anspruchsvolle Zeiten, solange die Kriege in der Nähe von Europa dauern. Wir werden uns in den nächsten Wochen und Monaten nach wie vor auf Flüchtlinge vorbereiten müssen. Ich kann Ihnen aber versprechen, dass der Kanton Luzern seine Unterbringungsstrategien bereits evaluiert und neu aufsetzt. Das geht nicht von heute auf morgen, sondern braucht Zeit. Diese Zeit müssen wir in Form von Zivilschutzanlagen überbrücken. Einen Appell habe ich aber an alle Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter: Wenn Sie Liegenschaften haben, melden Sie uns diese bitte. Wir benötigen nach wie vor Wohnungen.